

Streit um illegales Parken

Koalition kann sich nicht einigen

VON PASCAL FALTERMANN

Bremen. Erst gab es keine Einigung, dann schob man sich gegenseitig den schwarzen Peter zu. Zu einem Bürgerantrag gegen illegales Parken und mehr Geld für den Fuß- und Radverkehr des Bündnisses „Platz da!“ finden die Koalitionspartner SPD, Grüne und Linke keinen Konsens. Bis kurz vor der Sitzung der Verkehrsdeputation am Donnerstag hatten die Fraktionen um einen Kompromiss gerungen. Da es diesen nicht gab, sollte ein Änderungsantrag von der Tagesordnung genommen werden. Diskussionen folgten aber trotzdem.

„Es ist uns nicht gelungen, einem geeinten Antrag zu erarbeiten, aber wir müssen Fristen einhalten“, sagte Verkehrsministerin Maike Schaefer (Grüne). Da die Initiative circa 6000 Unterschriften gesammelt hatte – 4000 wären erforderlich gewesen –, muss sich das Parlament in der nächsten Sitzung im Oktober mit dem Anliegen befassen. Die Regierungsparteien befürworten das Anliegen, wollten es aber in einigen Punkten ändern und zu einem gemeinsamen Antrag machen. Der Prozess zieht sich seit November 2019.

Wolfgang Köhler-Naumann, Sprecher der Initiative „Platz da“, und Heiko Strohmann (CDU) zeigten sich perplex, dass sich die Koalition nach so langer Zeit nicht einigen kann. „Wer blockiert das denn?“, fragte Strohmann. Die abgelaufenen Fristen und den Umgang mit dem Bürgerantrag kritisierte Ralph Saxe, der hingegen die Kompromissbereitschaft der Initiative lobte.

Nicht zustimmen will bislang die SPD. „Wir haben den Kompromiss erst am Dienstag von der Behörde vorgelegt bekommen“, sagte SPD-Verkehrspolitiker Anja Schiemann. Die Zeit sei zu kurz gewesen, um das Ganze noch einmal sachlich zu diskutieren. Den Vorwurf wies Senatorin Schaefer zurück. Knackpunkte sollen Bedenken der Innenbehörde und der SPD zu Kontrollen von Parkverboten und der Höhe der Gelder für den Fuß- und Radverkehr sein.

„Es gab einen Kompromissvorschlag und einen Austausch mit den Grünen und den Linken dazu“, sagt Platz da“-Sprecher Köhler-Naumann. Die SPD hingegen sei nicht mit Vorschlägen auf das Bündnis zugekommen. „Das ist höchst befremdlich“, so Köhler-Naumann. Nun läuft es auf eine Sondersitzung der Deputation hinaus, bis zu der es eine Einigung geben soll.

Grüne wollen weniger Logistik

Positionspapier zur Gewerbeflächenplanung löst Widerspruch aus der Wirtschaftsbehörde aus

VON STEFAN LAKEBAND
UND JÜRGEN THEINER



Das Güterverkehrszentrum ist das Herzstück der Bremer Logistikwirtschaft. Der Flächenhunger der Branche stört die Grünen.
FOTO: STUDIO B BREMEN

Bremen. Zwischen den Grünen und dem linksgeführten Wirtschaftsressort gibt es Differenzen bei der langfristigen Gewerbeflächenplanung. Die Behörde arbeitet schon seit einiger Zeit an einem solchen Orientierungsrahmen. Sie will das Gewerbeentwicklungsprogramm (GEP) 2030 im nächsten Frühjahr durch die parlamentarischen Gremien bringen. Doch bis dahin müssen noch einige Streitpunkte abgeräumt werden.

Das wurde am Donnerstag deutlich, als sich die Grünen mit einem Positionspapier zum GEP zu Wort meldeten. Ihre Bürgerschaftsfraktion will unter anderem, dass die Logistikwirtschaft künftig eine kleinere Rolle spielt. So steht es in dem Papier, das vom wirtschaftspolitischen Sprecher Robert Bücking vorgestellt wurde. Er sieht in dem Flächenhunger der Branche ein großes Problem. Natürlich sei den Grünen bewusst, wie wichtig die Logistik für Bremen ist. „Gleichzeitig müssen wir uns fragen: Sind wir damit auf dem richtigen Dampfer?“, sagte Bücking. Der Wirtschaftszweig habe in Bremen eine jährliche Flächennachfrage von 11,5 Hektar. Angesichts der extrem begrenzten Fläche des Stadtstaates sei das sehr viel. Besonders mit Blick auf die Krisenanfälligkeit sei es geboten, die bremische Wirtschaft breiter aufzustellen.

Eine weitere Expansion, um Gewerbeflächen für die Logistik zu erschließen, lehnen die Grünen daher ab. Laut Bücking drängt das Wirtschaftsressort etwa am Nordwestknoten jenseits der Autobahn ein Gewerbegebiet mit Logistikscharakter zu bauen – auf Kosten des Blocklands. Gleiches gelte für eine Entwicklung des Güterverkehrszentrums (GVZ), bei der ein unter Naturschutz stehender Hochwasserpolder genutzt würde. Solche Ideen nannte Bücking „aberwitzig“.

„Bremen muss seinen Flächenvorrat als zentrale Ressource betrachten“, sagte Bücking. Anstatt flächenintensive Logistik zu fördern, solle lieber diejenige unterstützt werden, die viel Arbeit nach Bremen bringe. Das Verteilzentrum von Amazon sei etwa so ein Fall oder das Tchibo-Lager im Güterverkehrszentrum. Ihm sei klar, dass eine Stadt wie Bremen die Logistik brauche. „Aber wir dürfen die Stadt nicht zu einem GVZ machen.“ Bücking betonte, dass es auf vielen Feldern durchaus Übereinstimmung mit der Wirt-

schaftsbehörde gebe, die bei der Entwicklung des GEP federführend ist. Aber eben nicht auf allen. Dass die Forderungen der Grünen bei den Koalitionspartnern auf Kritik stoßen werden, davon geht der Grünen-Politiker aus. „Ich glaube, dass es Streit gibt“, sagte er. „Das ist unvermeidlich.“

Wie richtig er damit liegt, zeigte sich am Donnerstag postwendend. Wirtschaftsministerin Kristina Vogt (Linke) hob im Gespräch mit dem WESER-KURIER zwar das Verbindende hervor, etwa das Bekenntnis zur Minimierung des Flächenverbrauchs bei Gewerbeansiedlungen. Minimieren kann aus Vogts Sicht aber nicht heißen, dass in zehn Jahren überhaupt keine neuen Gewerbeflächen mehr erschlossen und nur noch vorhandene Firmengrundstücke recycelt werden, wie es den Grünen vorschwebt. Vogt sieht auch keinen Anlass, die Logistikwirtschaft zu verteuern. Deren geringe Flächenproduktivität pro Quadratmeter sei nur die halbe Wahrheit. Viele Betriebe unterhielten auch größere Verwaltungseinheiten mit vielen Arbeitsplätzen, etwa Kühne+Nagel und die Dettmer Group.

Was wird aus der Airportstadt?

Auch was die weitere Entwicklung der Airportstadt angeht, kommen Bücking und Vogt noch nicht auf einen Nenner. Die Grünen halten eine Expansion dieses luftfahrtorientierten Gewerbeareals für „unrealistisch und falsch“, wie es in dem Positionspapier heißt. Weil völlig offen sei, wie der Luftfahrtsektor wieder auf die Beine kommt, sei „die Diskussion um eine Erweiterung der Airport-City südlich der Landebahn obsolet“. Das sieht Kristina Vogt ganz anders. Unter großen Mühen sei es gelungen, das Weltunternehmen Airbus von der Zukunft seines Standortes Bremen zu überzeugen. Natürlich werde sich das Fliegen verändern. Aber gerade deswegen wäre es aus Vogts Sicht falsch, mögliche Flächenbedarfe für Airbus und seine Zulieferer südlich des Flughafens zu blockieren. „Wir dürfen da die Tür nicht zuschlagen“, stellt die Senatorin klar. Warum die Grünen gerade jetzt Pflöcke einschlagen, ist ihr unverständlich. Eigentlich sei ein fester Fahrplan vereinbart gewesen. Die Staatsräte der betroffenen Senatsressorts sollten die noch strittigen Punkte abräumen, bevor sich der Koalitionsausschuss von SPD, Grünen und Linken im November endgültig auf eine gemeinsame Linie verständigt. An dieser Übereinkunft halte sie fest, sagte Vogt.

ANZEIGE



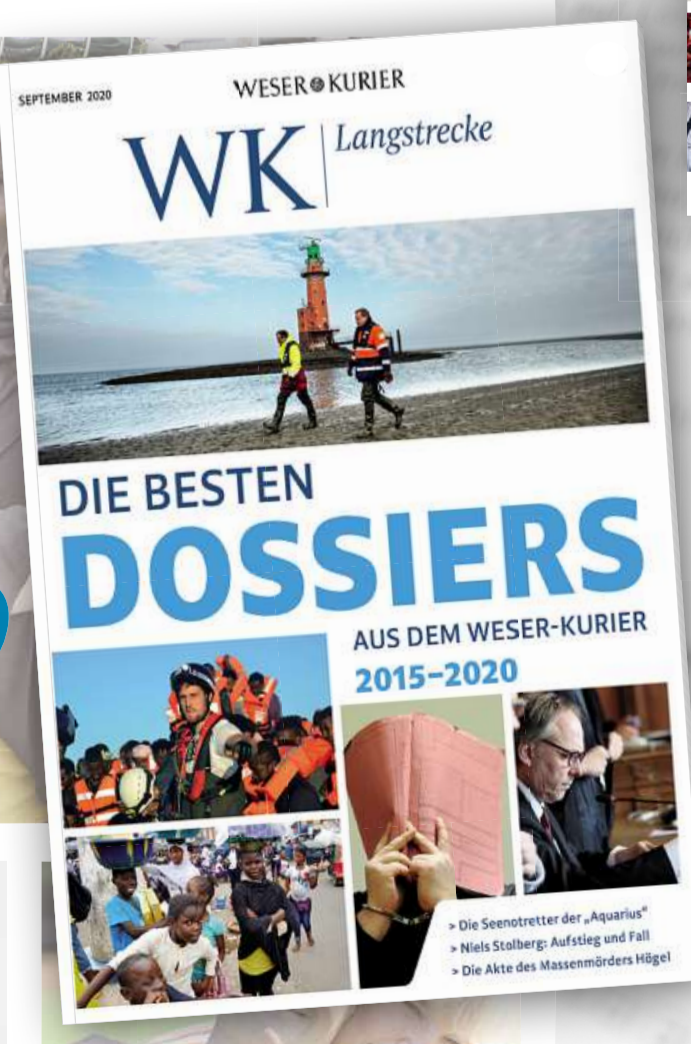
Was Bremen bewegt – spannend erzählt

Die besten Reportagen aus dem WESER-KURIER



Acht Dossiers in einem Magazin

- > Der Bremer Reeder Niels Stolberg: vom Star zum Sträfling
- > Zum Lampenputzen in die Außenweser
- > Warum Niels Högel zum Massenmörder wurde
- > Allein unter Flüchtlingen
- > Die letzten Wochen einer Todgeweihten



116 Seiten
9,60 €

Pressehaus Bremen und regionale Zeitungshäuser

weser-kurier.de/shop

04 21 / 36 71 66 16

Zeitschriftenhandel

WESER-KURIER E-Paper-App

Versandkosten 1,95 € (ab 30 € Bestellwert versandkostenfrei). Angebot solange der Vorrat reicht.

WESER KURIER SHOP